

## IN ZAHLEN

**430** NGO  
in Genf

**90%**  
haben ihre Treffen  
und Konferenzen  
2020 online  
durchgeführt

**42%**  
haben staatliche Unter-  
stützungsmassnahmen  
(KA, EO, COVID-Kredite)  
in Anspruch genommen

**97%**  
wurden von  
COVID-19 betroffen

**42%** machen sich  
Sorgen über  
die zukünftige Finanzie-  
rung ihrer Organisation

**65%**  
finden, dass  
COVID-19 sich  
negativ auf ihre  
Interaktionen mit  
den internationalen  
Organisationen (IO)  
ausgewirkt hat

Umfrage des CAGI von März 2021 bei 108 in allen  
Bereichen der internationalen Zusammenarbeit  
tätigen NGO.

## EDITORIAL

### Ein Ökosystem im Wandel?

Wenn Sie diesen zweiten Newsletter unserer parlamentarischen Gruppe lesen, findet in Kürze das Treffen, das die Schweiz ins Zentrum der internationalen Bühne rückt, statt. Am 16. Juni werden die Präsidenten der USA und Russlands in Genf die Zukunft ihrer Beziehungen und damit auch jener der internationalen Gemeinschaft erörtern.



© Peter Marlow / Magnum Photos

Dieser Fokus, der die Tradition der guten Dienste der Schweiz zur Geltung bringt, ruft auch in Erinnerung, dass sich das internationale Genf täglich für die Friedensförderung und die Suche nach Lösungen für die Herausforderungen unserer Welt einsetzt. So waren die internationalen Organisationen in den letzten Monaten besonders damit beschäftigt, die Folgen der COVID-Krise zu bewältigen, die alle Sektoren, von der Gesundheit zum Handel und von der Forschung zur Luftfahrt betreffen. Die neuen Direktionen der WTO und der IATA werden ihre Prioritäten entsprechend setzen.

In diesem Ökosystem ist es interessant zu erfahren, wie die über 400 Nichtregierungsorganisationen (NGO) ihre Aktivitäten an die neue Situation anpassen konnten. Aus dem jüngsten Bericht des International Geneva Welcome Centre (CAGI) geht hervor, dass der Übergang zu den Videokonferenzen den Partnern im Feld einen besseren Zugang zu den Diskussionen in Genf ermöglicht hat.

Die Distanz-Sitzungen haben jedoch eine Abnahme der Kontakte mit den internationalen Organisationen zur Folge. Diese Kontakte und der vielfältige Austausch machen aber gerade die Stärke des internationalen Genfs aus.

Der Wandel muss daher eng beobachtet werden. Ihm wirkt zum Glück die während der Pandemie erworbene Gewissheit entgegen, dass die direkten Kontakte für Grundsatzentscheide unerlässlich sind und dass diese in den letzten Monaten stark gefehlt haben. Diese Feststellung spricht für das internationale Genf, wo der Zugang zu zahlreichen Organisationen und der direkte Kontakt mit den Akteuren in einem gut erreichbaren Umkreis möglich sind. Vielleicht hat gerade dies Joe Biden und Wladimir Putin überzeugt, nach Genf zu kommen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Die Co-Präsidentin und Co-Präsidenten der Parlamentarischen  
Gruppe Internationales Genf

Andreas Aebi – Damian Müller – Elisabeth Schneider-Schneiter – Carlo Sommaruga

## Ein ehrgeiziger Plan zur Überwindung der Krise



Vom 24. Mai bis 1. Juni haben sich die Mitgliedstaaten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf getroffen, um einen Ausweg aus der Gesundheitskrise zu suchen. Am Eröffnungstag dieser Versammlung hat die Schweiz eine Vereinbarung mit der WHO zur Finanzierung des Projekts BioHub unterzeichnet. Dieses weltweite System für die Speicherung, Meldung und Analyse von Krankheitserregern wird im eidgenössischen Biosicherheitslabor in Spiez angesiedelt sein. Es ermöglicht die Analyse des COVID-19-Virus, aber auch anderer Krankheiten ab 2022.

Zu den Höhepunkten des Gipfels zählt auch der mit der Weltbank, dem IWF und der WTO gemeinsam lancierte Aufruf zur Finanzierung eines Konjunkturprogramms in der Höhe von 50 Milliarden Dollar. Mit diesem ehrgeizigen Programm soll die Herstellungskapazität, die Versorgung und die Bereitstellung von Medizinprodukten zur Diagnose und Behandlung gesteigert werden, insbesondere von Impfungen und Sauerstoff. Zur Eindämmung der Verbreitung von COVID-19 hat die Versammlung auch den dringlichen Einsatz des von einem Labor in Peking entwickelten chinesischen Impfstoffes Synovax genehmigt. Zur Stärkung der Prävention und der Reaktion auf weltweite gesundheitliche Notfälle haben die Mitgliedstaaten schliesslich die Abhaltung einer Sondersitzung im November 2021 vereinbart. An dieser sollen die Modalitäten für die Erarbeitung eines Pandemievertrags als internationales Rechtsinstrument festgelegt werden. ■

### HANDEL

## WTO: Patentaufhebung wird diskutiert

Ab ihrem Amtsantritt hat die neue Generaldirektorin der WTO, Ngozi Okonjo-Iweala die Bekämpfung der weltweiten Gesundheits- und Finanzkrise zu einer zentralen Priorität gemacht. Sie hat auch den Vorschlag einer temporären Aufhebung der Patente der COVID-19-Impfungen in Angriff genommen, der in jüngster Zeit innerhalb der Organisation immer mehr Anhänger findet. So haben die USA eine unerwartete Kehrtwende gemacht und scheinen ihre Meinung angesichts des Ausmasses der Krise in gewissen Ländern wie Indien oder Brasilien geändert zu haben. Die Europäische Union, Grossbritannien und die Schweiz unterstützen ihrerseits ein System von Lizenzen und Partnerschaften zwischen den Pharmaunternehmen und den Entwicklungsländern. Sie sind der Ansicht, dass der Patentschutz unerlässlich ist, um private Investitionen in die Forschung und Entwicklung zu gewährleisten. Die Verhandlungen werden fortgesetzt, da die Entscheide in dieser Organisation mittels Konsens getroffen werden.

Eine weitere Grossbaustelle der neuen Generaldirektorin ist die Reduktion der Fischereisubventionen, welche die Nachhaltigkeit der Ozeane bedrohen. Dieses Thema steht im Zentrum des nächsten Ministertreffens vom 15. Juli. Schliesslich wird die oft für ihre institutionelle Langsamkeit und ihre zahlreichen Blockaden kritisierte WTO auch Reformen angehen müssen, die angesichts des Handelskonflikts zwischen den USA und China eine bedeutende Herausforderung darstellen werden. ■

## Für einen grüneren Aufschwung

Der Luftverkehr zählt zu den besonders stark durch die COVID-19-Krise betroffenen Wirtschaftssektoren. Das weltweite Verkehrsvolumen ist noch weit von seinem Vorkrisenstand entfernt, und der Aufschwung erfolgt je nach Region sehr unterschiedlich. Dies stellt für die Internationale Luftverkehrsvereinigung (IATA) eine einzigartige Herausforderung dar. Diese Vereinigung, die gegen 400 Personen in Genf beschäftigt, vertritt 290 Luftfahrtgesellschaften (darunter die Swiss) und rund 82 % des weltweiten Verkehrs. Nach dem Rücktritt des Franzosen Alexandre de Juniac hat die IATA mit Willie Walsh, dem ehemaligen Generaldirektor von British Airways, eine erfahrene Person an ihre Spitze berufen. Seit über 70 Jahren entwickelt die Organisation weltweite Normen und Verfahren zur Vereinfachung des Güter- und Passagiertransports. Um die Anstrengungen der Gesundheitsakteure, der Regierungen und der Luftfahrtkreise zu zentralisieren, hat der Dachverband vor kurzem eine mobile Applikation entwickelt, welche die Passagiere präzise über die erforderlichen Tests für die verschiedenen Reiseziele informiert und die Übermittlung an das für die Kontrollen zuständige Luftfahrtpersonal vereinfacht.

Das Ziel der IATA ist die Wiederherstellung eines sicheren, funktionierenden und effizienten weltweiten Luftfahrtsystems. Jedoch sind auch ökologische Fragen ein zentrales Anliegen der Organisation. Sie hat zur Einführung des Systems für die Kompensation des CO<sub>2</sub>-Ausstosses in der Luftfahrt beigetragen und unterstützt den Wandel des Sektors hin zu den grünen Energien und zu einer massiven Reduktion seiner CO<sub>2</sub>-Emissionen. ■

### WELTWEITE GESUNDHEIT

## Die Schweiz engagiert sich gegen Antibiotikaresistenzen



Im März hat die Schweiz ein Abkommen über Privilegien und Immunitäten mit der GARDP Foundation (Global Antibiotic Research & Development Partners) mit Sitz in Genf unterzeichnet. Diese 2018 von der WHO und der DNDi (Drugs for Neglected Diseases initiative) gegründete Stiftung entwickelt neue Behandlungsmethoden für

antibiotikaresistente Infektionen und arbeitet in Partnerschaft mit der WHO, Regierungsstellen, Universitäten und dem Privatsektor. Da die starke Zunahme arzneimittelresistenter Bakterien die öffentlichen Gesundheitssysteme unter Druck setzt, spielt GARDP eine wichtige Rolle. Die nosokomialen Erkrankungen (infolge einer in einer Gesundheitseinrichtung zugezogenen Infektion) kosten die Länder des Westens jährlich gegen 13 Milliarden CHF. Die Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2025 fünf Behandlungen zur Bekämpfung von antibiotikaresistenten Krankheiten zu entwickeln. Dieses Projekt steht im Einklang mit den Engagements des Bundesrates im Rahmen seiner Strategie Antibiotikaresistenzen Schweiz (StAR). GARDP beschäftigt heute 54 Angestellte. Die Stiftung plant, ihre Kapazitäten im Verlauf der nächsten Jahre auszubauen und die Zusammenarbeit mit den zahlreichen Akteuren der weltweiten Gesundheit in Genf, aber auch mit öffentlichen und privaten Akteuren in der Schweiz und im Ausland zu verstärken. ■